

- 2 -

Verhandlungsprotokoll
der 73. Sitzung des Bundesrates vom 28. Oktober 1955

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Petitpierre
Abwesend: Hr. Etter (Urlaub)
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: Die Protokolle der 69. und 70. Sitzung
werden genehmigt.
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 h. 35

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Weiterführung der internationalen Hilfswerke. Botschaft

Hr. Lepori bemerkt, dass in der Botschaft und im Beschlussentwurf nichts über die Verfassungsgrundlage gesagt ist. Dazu ist zu sagen, dass es sich um einen Beschluss für die Weiterführung einer bisher schon beschlossenen Massnahme handelt. Ferner wird die Auffassung vertreten, dass es allgemeine staatliche Aufgaben gäbe, für die eine ausdrückliche Verfassungsgrundlage nicht nötig sei. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, dass möglicherweise in den Räten die Frage auftauchen könnte, ob der Beschluss nicht referendumpflichtig erklärt werden sollte. Der Hr. Bundespräsident regt an, das JPD möge über diese Fragen eine grundsätzliche Studie ausarbeiten, womit sich Hr. Feldmann einverstanden erklärt.

Justiz-und Polizeidepartement

Alkoholbeschwerde Pavly, Jouxkens-Mézery

Hr. Streuli erklärt, wenn er sich dem Beschluss unterziehe, so betrachte er den Entscheid als unpräjudizierlich und nicht als Aenderung der bisherigen Praxis. Der Rat pflichtet dieser Auffassung bei. Es handelt sich hier um einen Spezialfall.

MilitärdepartementBegnädigungsgesuch Suter

Da verschiedene Herren Hemmungen haben, dem Antrag des EMD auf Gutheissung des Gesuches zuzustimmen, wird beschlossen, den Entscheid zu verschieben und die Akten in Zirkulation zu setzen.

Kleine Anfrage Frainier

Das Geschäft geht an das EMD zurück. Es wird einen neuen Entwurf zusammen mit dem Hauptgeschäft "Ausrichtung von Teuerungszulagen zu den Pensionen der Militärversicherung" vorlegen.

Kleine Anfrage Vincent

Der letzte Satz wird gestrichen. Der Presse soll der Text erst am Montag ausgeteilt werden.

Finanz- und Zolldepartement

Abänderung des Entwurfs
Es wird beschlossen, antragsgemäss den vom FZD vorbereiteten Brief an die Finanzdelegation der eidg. Räte zu schicken, jedoch die Liste der Funktionäre nächste Woche nochmals in Diskussion zu ziehen.

Steuerabbau. Botschaft

Das FZD hat noch einige redaktionelle Aenderungen angebracht, womit sich der Rat einverstanden erklärt. Es legt ferner eine Neufassung der Seite 13 vor. Hr. Holenstein weist darauf hin, dass mehrere Motionen gleichen Wortlautes eingereicht worden sind. Er beantragt ferner, auf Seite 13 nicht von einer "verhängnisvollen" Entwicklung zu sprechen. Der Hr. Bundespräsident beanstandet, dass auf Seite 3 von "drohender Arbeitslosigkeit" gesprochen wird. Es sollte eine allgemeinere Formulierung gefunden werden.

Es wird ferner beschlossen, heute kein Communiqué herauszugeben und den formellen Beschluss über die Genehmigung der Botschaft am Dienstag zu fassen. Die endgültige Fassung der Botschaft würde der Presse am Dienstag ausgehändigt. Den Kommissionsmitgliedern würde der Text schon am Montag zugestellt mit einer vertraulichen Mitteilung, dass es möglich sei, dass es am Dienstag noch einzelne Aenderungen geben könnte, da die Botschaft erst dann endgültig genehmigt werde.

VolkswirtschaftsdepartementWeiterführung der Preiskontrolle

Was die Stellungnahme des EVD zum Mitbericht des JPD betrifft, erklärt sich Hr. Feldmann einverstanden. Auf Wunsch von Hrn. Streuli wird an Stelle der vom JPD beantragten Ergänzung zu den Bemerkungen über die Preisausgleichskasse für Milch und Milchprodukte (S. 12) gesagt, dass neben den Leistungen aus den erwähnten Finanzierungs-

quellen, bisher noch bestimmte Beiträge aus allgemeinen Bundesmitteln zugeschossen werden mussten. Hr. Streuli erklärt ferner, der Stellungnahme des EVD zum Mitbericht des FZD zuzustimmen. Damit sind die Differenzen bereinigt. Der formelle Genehmigungsbeschluss und die Austeilung der Botschaft an die Presse soll am Dienstag erfolgen.

U m f r a g e

Hr. F e l d m a n n

Demarche Grossbritanniens und Canadas wegen Artikel im Bonjour
Hr. Feldmann stellt fest, dass es sich hier um eine Art der Journalistik handelt, die das Ansehen der Schweizerischen Presse aufs Schwerste schädigt. Die strafrechtlichen Bestimmungen (Art. 296 und 302 StGB) genügen nicht, einmal weil die angegriffenen Persönlichkeiten nicht zum Kreis der geschützten Personen gehören und zum anderen, weil es an einem Ersuchen der Regierung des fremden Staates um Anordnung der Strafverfolgung fehlt. Aus einer Verwarnung würde das Blatt nur noch ein besseres Geschäft machen. Man sollte aber den Fall beim Verein der Schweizerischen Presse anhängig machen. Es wird beschlossen, dass der Hr. Bundespräsident Hrn. Redaktor Nef, den Präsidenten des Vereins, kommen lässt und ihm die Angelegenheit unterbreitet.

Hr. S t r e u l i

Indiskretion betr. Steuerabbauvorlage

Hr. Streuli teilt mit, dass er mit der Abklärung der Angelegenheit Hrn. Dr. Baumgartner von der Oberzolldirektion beauftragt habe, nachdem das JPD keinen Beamten zur Verfügung stellen konnte.

Grenzverletzungen italienischer Zollorgane

Hr. Streuli gibt Kenntnis von Grenzverletzungen italienischer Zollorgane. Hr. Petitpierre wird nachforschen, was in Sachen Beschwerde des EPD in Rom gegangen ist.

Hr. C h a u d e t

Teuerungszulagen zu den Pensionen der Militärversicherung

Es bestehen grundlegende Differenzen zwischen dem FZD und dem EMD. Das FZD ist der Auffassung, dass die Vorschläge des EMD nur im Wege einer Gesetzesrevision verwirklicht werden können. Wenn der volle Teuerungsausgleich nach Antrag beschlossen würde, hätte dies zudem die Auswirkungen eines

Präjudizes für andere Versicherungen (Schweiz. Unfallversicherung-Beamtenversicherung). Man könnte aber dem EMD entgegenkommen, indem man den Militärrentnern Teuerungszulagen gewährt auf Grund der Ansprüche nach dem revidierten Gesetz von 1949. Der Rat beschliesst, das EMD und das FZD sollen gemeinsam eine Lösung suchen und dem Bundesrat unterbreiten. Da Hr. Streuli glaubt, dass dies bis am nächsten Dienstag möglich sein sollte, soll die Einladung der Kommission nicht widerrufen werden.

Präsidialvorbringen

Waffenausfuhr nach Aegypten und Israel

Im Hinblick auf die Zunahme der Kriegsgefahr im nahen Orient glaubt Hr. Petitpierre, dass die Waffenausfuhr nach Aegypten und Israel, soweit es sich nicht um Geschäfte handelt, für die die Fabrikationsbewilligung schon erteilt ist, unterbunden werden sollte. Das EMD wird noch feststellen, was für Fabrikationsbewilligungen bereits erteilt worden sind. Im übrigen soll sich der Rat die Sache noch bis Dienstag überlegen und dann Beschluss fassen.

Entschädigung für die Uebernahme polnischer Internierter und Angelegenheit der Agents provocateurs

Hr. Petitpierre orientiert den Rat über die Anträge der Schlichtungskommission. Er wird noch Hrn. Bundesrichter Panchaud und Hrn. Professor Sauserhall konsultieren.

Aussenministerkonferenz in Genf

Hr. Petitpierre gibt bekannt, dass er an den Präsidenten der Konferenz ein Telegramm geschickt hat mit den besten Wünschen für guten Erfolg.

Einladung für Hrn. Minister Rüegger

Als Datum für das Dejeuner ist Freitag, der 2. Dezember vorgesehen.

Einladung der Gesellschaft für Schweiz. Kunstgeschichte

Die BK soll die Angelegenheit Hrn. Etter unterbreiten. Wenn er nicht hingehen kann, soll sie negativ antworten.

Dankschreiben an Zürcher Regierung und ETH

Die BK wird beauftragt, diese Dankschreiben abzufassen.

Beginn der Dienstsitzung

Die Dienstsitzung soll um 9 Uhr 30 beginnen.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der 72. Sitzung vom 25. Oktober 1955 wird genehmigt mit einer neuen Fassung der Notizen über das Geschenk für den Kaiser von Aethiopien.